

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Ist das Tunnelprojekt «eine volkswirtschaftlich optimale Lösung»

Skeptiker der Regierungsanträge für Tunnelsanierung und Werkleitungsstollen fühlen sich bestätigt: Erhebliche Mehrkosten fallen an

(G.M.) – «Eine volkswirtschaftlich optimale Lösung» nannte die Regierung in ihrer Informationsbroschüre zur Volksabstimmung über die Tunnelsanierung und den Bau des parallel geführten Werkleitungsstollens Triesenberg – Steg den Vorschlag der Regierung. Inzwischen sind Zweifel an dieser Kennzeichnung aufgekommen, denn nach einem Nachtragskredit für das Jahr 1990 musste die Regierung dem Landtag nun auch noch einen Ergänzungskredit für das umstrittene Projekt unterbreiten. Sicher ist, dass das Sanierungsprojekt und der Werkleitungsstollen erhebliche Mehrkosten gegenüber dem ursprünglichen Kostenvoranschlag verursachen wird.

Auch dieses Bauwerk, das die Talseite mit dem Alpenraum verbindet, hat bereits heute eine Leidensgeschichte hinter sich, wobei aufgrund der dringend notwendigen Abwassersanierung im Raum Malbun und Steg der Aspekt des Umweltschutzes nach dem jahrelangen Hin und Her etwas auf der Strecke geblieben ist. In den vergangenen zehn Jahren hat die Regierung mit schöner Regelmässigkeit in den Rechenschaftsberichten, wie der FBP-Abgeordnete Heinz Ritter im Landtag anschaulich erläuterte, auf die Dringlichkeit der Abwassersanierung aus dem Alpengebiet hingewiesen, doch die Reinigung der Abwässer entspricht heute noch nicht den notwendigen und auch angepeilten Normen. Nun kommen die Mehrkosten für die Tunnelsanierung und für die Erstellung des Werkleitungsstollens hinzu.

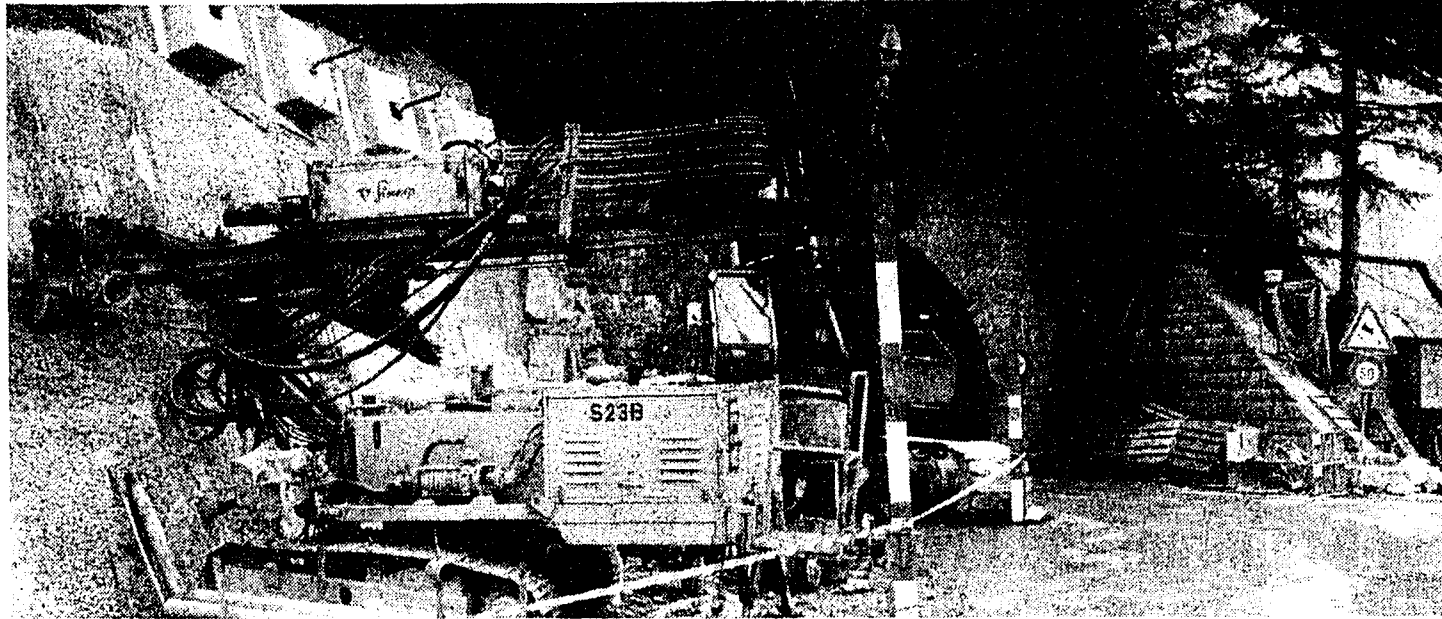
Zustimmung des Volkes

Bei einer schwachen Stimmbeteiligung von 55,6 Prozent stimmten die Stimmberechtigten im Herbst 1988 dem Projekt Tunnelsanierung und Werkleitungsstollen zu, nachdem die Regierung diesen Antrag vorbereitet und der Landtag seine Zustimmung erteilt hatte. Die damals genannten und bewilligten Kosten sind in der Zwischenzeit erheblich überschritten worden, obwohl die Regierung in der Abstimmungsbroschüre folgende Argumente ins Feld führte:

- damit die aus wirtschaftlichen wie ökologischen Überlegungen optimale Lösung verwirklicht werden kann
- weil das vorliegende Projekt von anerkannten Tunnelfachleuten erstellt worden ist und weitere Abklärungen zu keinen neuen Erkenntnissen führen werden
- weil jede Neubauvariante (einschliesslich der Sanierung des bestehenden Tunnels) Mehrkosten zwischen 12 und 28 Millionen Franken verursachen wird. Gegen diese Argumentation hatte sich eine Initiativ-Gruppe gewehrt, die eine nochmalige Überprüfung der Situation forderte und vor allem dem Neubau eines Tunnels den Vorzug gegeben hätte.

Geologische Situation

Die Regierung führt die erhebliche Verteuerung des Tunnelprojekts einerseits auf die «überdurchschnittliche Teuerung der vergangenen drei Jahre»



Die Tunnelsanierung Gnalp-Steg und der Bau des parallel dazu geführten Werkleitungsstollens kommt erheblich teurer zu stehen als von der Regierung veranschlagt. Die Skeptiker, die den Berechnungen der Regierung mit Vorbehalten gegenüberstanden, dürften schlussendlich recht behalten. Unser Archivbild zeigt die Tunnelsanierung am Eingang auf der Talseite. (Bild: Beat Schurte)

zurück, auf der anderen Seite auf «die nicht vorhersehbare geologische Situation bei der Erstellung des Werkleitungsstollens». Gemäss den Angaben der Regierung ist damit eingetreten, was Regierungschef Hans Brunhart im Landtag vehement bestritten hatte. Im Parlament blieb trotz seinen Erklärungen die Vorlage umstritten und stiess auf Vorbehalte sowie auf Kritik, es wurden Fragen in bezug auf die Seriosität der vorgelegten Zahlen gestellt und die Problematik des gewählten Vorgehens durch die Regierung hervorgehoben. Allerdings konnte sich der Landtag nicht zu einer Neubauvariante durchringen, da am Grundsatzentscheid von 1986 festgehalten wurde. Damals stimmte der Landtag der Sanierung der bestehenden Tunnelröhre und gleichzeitig der Ausweitung in der Tunnelmitte zur Verbesserung der Verkehrssituation zu. Als Varianten hatte die Re-

Fader Nachgeschmack?

Die Vorbehalte, die der Landtag bei der zweiten Vorlage, als es um die Erstellung eines Werkleitungsstollens und die Tunnelsanierung ging, können angesichts der derzeitigen Situation mit der Forderung nach einem Ergänzungskredit erneut vorgebracht werden. In der Landtagssitzung vom 29. Juni 1988, als sich der Landtag mit der geänderten Fassung des Regierungsantrags befasste, bemerkte der FBP-Abgeordnete Johann Kindle,

es bleibe der «fade Nachgeschmack» respektive die Frage zurück, ob sich die Regierung intensiv genug mit dem Problem des Tunnelbaus bzw. der Tunnelsanierung befasst habe. Und die FBP-Abgeordnete Emma Eigenmann wollte die Frage beantwortet haben, die derzeit wiederum überall gestellt wird: «Ist dieses Projekt nun wirklich die beste und vernünftigste Lösung?» Der Antrag, die Regierungsvorlage zur Überarbeitung zurückzuweisen mit dem gleichzeitigen Auftrag, die Abwasserfrage sofort zu lösen, den der stellvertretende FBP-Abgeordnete Dr. Gert Risch gestellt hatte, erhielt allerdings nur 5 Stimmen. Mit einer Mehrheit von 11 Stimmen genehmigte anschliessend der Landtag den Regierungsantrag – mit dem Ergebnis, dass er sich in der nächsten Sitzung nochmals mit diesem Projekt, vor allem aber mit der Finanzierung, befassen muss.

Colette Flesch traf Arthur Konrad

Ehemalige luxemburgische Aussenministerin zu Besuch in Vaduz

Colette Flesch, ehemalige Aussenministerin und Wirtschaftsministerin des Grossherzogs Luxemburg, traf gestern zu einem Besuch in unserem Land ein. Dabei war sie Gast auf Schloss Vaduz sowie bei Bürgermeister Arthur Konrad, der sie im Hotel «Löwen» in Vaduz zum Mittagessen einlud. Vor ihrem Vortrag zum Thema «1992 – eine neue Architektur für Europa» stattete sie auch Regierungschef Hans Brunhart einen Höflichkeitsbesuch ab.

Auf Einladung der Vereinigung des Consularischen Corps im Fürstentum Liechtenstein hielt Colette Flesch einen Vortrag im Vaduzersaal. Als Generaldirektorin für Information, Kommunikation und Kultur bei der EG-Kommission in Brüssel ist sie besonders prädestiniert,

um über europäische Fragen zu sprechen. Während ihrer Amtszeit als Aussenministerin Luxemburgs hatte sie sich bereits 1983 im Fürstentum Liechtenstein zu einem Besuch aufgehalten. Im Rahmen einer Pressekonferenz sprach sie damals auch über die Zukunft der Kleinststaaten in Europa und äusserte sich zuversichtlich über deren Zukunft auch angesichts der Integrationsbestrebungen.

Bürgermeister Arthur Konrad kennt Colette Flesch aus dieser Begegnung sowie vor allem anlässlich einer Zusammenkunft bei der Hochzeit von Prinz Nikolaus von Liechtenstein mit Prinzessin Margaretha von Luxemburg. Während des Hochzeitsessens waren Bürgermeister Arthur Konrad und Aussenministerin Colette Flesch Tischnachbarn.



Die frühere Aussenministerin von Luxemburg, Colette Flesch, hielt sich gestern in unserem Land auf und traf am Mittag mit dem Vaduzer Bürgermeister Arthur Konrad zusammen. (Bild: Beat Schurte)

Linksgrüne Mehrheit in der Stadt Genf

Genf (AP) Die Stadt Genf wird erstmals von einer linksgrünen Mehrheit regiert. Bei der Neuwahl des fünfköpfigen Administrativrats (Exekutive) vom Wochenende verdrängten die Grünen die CVP mit einem Mehr von 136 Stimmen aus der Regierung. Die vier bisherigen, zur Wiederwahl antretenden Regierungsmitglieder wurden im Amt bestätigt. Die Wahlbeteiligung lag trotz spannender Ausgangslage bei schwachen 22,5 Prozent.

Durch den Rücktritt des CVP-Administrativrats Rene Emmenegger stand im Vorhinein fest, dass es in der Regierung der Calvinstadt zu einer Premiere kommt. Hätte die CVP mit ihrer Kandidatin Helene Braun-Roth ihren Regierungssitz behaupten können, wäre Genf nämlich als einzige Schweizer Stadt von einer mehrheitlich aus Frauen bestehenden Exekutive regiert worden. Mit dem knappen Wahlsieg der Grünen sind Linke und Grüne in der Regierung nun erstmals in der Mehrheit. Ein weiteres Unikum stellt das Wahlergebnis des bisherigen Bürgermeisters der UNO-Stadt dar: Der populäre Kommunist Andre Hediger erhielt am meisten Stimmen von allen Kandidaten.

Treibstoff wird wieder teurer

Zürich (spk) Das Autofahren wird wieder teurer. Shell, Esso, BP, Avia, Aral und Migrol erhöhen die Literpreise für Super, Bleifrei und Diesel ab heute Dienstag um 3 Rappen. Wie die Mineralölgesellschaften am Montag auf Anfrage erklärten, bilden die gestiegenen Importpreise, die erhöhten Rheinfachtkosten sowie der stärkere Dollar den Grund für die beschlossene Massnahme.

Der Landtag tagt am 7./8. Mai 1991

Die nächste öffentliche Landtagssitzung findet am 7. und 8. Mai 1991 statt. Das umfangreiche Tagesordnungsprogramm enthält bereits 19 Traktanden, die in diesen zwei Tagen zu genehmigen sein werden. Nachstehend ein paar Schwerpunkte aus dieser wiederum reichbefrachteten Sitzung.

- Das Tourismusgesetz, das am 21./22. November 1990 erstmals beraten wurde, steht zur Detailberatung und zur Verabschiedung.
- Das Lärmschutzgesetz, das in einer Kommission beraten wurde, kommt ebenfalls zur 2./3. Lesung in das Plenum zurück.
- Das Gesetz über den Wirtschaftsverkehr mit anderen Staaten, das Sanktionen im Sinne von UNO-Resolutionen ermöglicht, wird in 2./3. Lesung beraten und wahrscheinlich verabschiedet.
- Erstmals in den Landtag kommt die Ehe- und Familienrechtsreform.
- Auf grosses Interesse, auch in der Öffentlichkeit, wird der Medienbericht der Regierung stossen, den der Landtag zu genehmigen hat. Dieser Bericht enthält die Vorstellungen über den weiteren Weg zu «Radio Liechtenstein».
- Die Regierung ersucht den Landtag um einen Ergänzungskredit für den Tunnel Triesenberg – Steg (siehe nebenstehender Artikel).
- Der Landtag hat über die Ausrichtung eines Beitrags an ein Frauenhaus zu befinden.
- Der Vertrag vom 29. März 1992 über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet soll geändert werden, um Liechtenstein zu ermöglichen, künftig eigenständig Wirtschaftsverträge abzuschliessen.
- An die Interkantonale Försterschule Maiefeld soll ein Baukostenbeitrag an Erweiterungsbauten ausgerichtet werden.
- Die Regierung ersucht um den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zur Interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge für die Jahre 1993 – 1998.

Schweiz: Erhöhte Maturitätsquote

Bern (AP) Trotz rückläufiger Bevölkerungsentwicklung nimmt in der Schweiz die Zahl der Studierenden stetig zu. Im vergangenen Jahr waren 85.940 Studentinnen und Studenten eingeschrieben, gut drei Prozent mehr als ein Jahr zuvor und über 30 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Die steigende Studienquote geht zum grössten Teil auf die Frauen zurück. Eine Stagnation ist hingegen bei der Zahl der Studenten und an den Deutschschweizer Hochschulen zu beobachten, wie das BFS am Montag mitteilte.

16,7 Prozent der 20- bis 24jährigen waren 1990/91 an einer Hochschule eingeschrieben, ein Jahr zuvor waren es 15,9 Prozent und zehn Jahre früher 13,6 Prozent. Von den fast 86 000 Studierenden waren 15.688 oder 18 Prozent Studienanfänger. Ihr Anteil stieg innert Jahresfrist um rund vier Prozent und in zehn Jahren um gut zwölf Prozent. Gleichzeitig sank jedoch die Zahl der 20- bis 24jährigen in der Schweiz innert einem Jahr um rund drei Prozent. Diese auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklung sei damit zu erklären, dass sich die Maturitätsquote deutlich erhöht habe, führte das Bundesamt für Statistik (BFS) aus. Vor zehn Jahren hatten rund elf Prozent der 20jährigen ein Maturazeugnis und damit eine Eintrittskarte für die Hochschule in der Tasche, im vergangenen Jahr waren es 13 Prozent. Nach wie vor können somit jährlich rund 12 000 Maturanden ein Studium in Angriff nehmen.

EWR-Gespräche mit Bangemann

Bern (AP) Der EG-Kommissar für den Binnenmarkt und Handelsbeziehungen, Martin Bangemann, ist am Montag zu Gesprächen über den Stand der EWR-Verhandlungen nach Bern gekommen. Er traf mit den Bundesräten Jean-Pascal Delamuraz und Adolf Ogi zusammen, wie das Integrationsbüro EDA/EVD mitteilte.

Der Vizepräsident der EG-Kommission und die beiden Departementschefs wollten namentlich die Aussichten für einen termingerechten Vertragsabschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erörtern. Zudem sollten die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa zur Sprache kommen.